



Antrag

der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bekämpfung von Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in Schleswig-Holstein

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag sieht in der Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit eine wichtige Aufgabe.
Der Landtag begrüßt die bereits im vergangenen Jahr von der Landesregierung zur Bewältigung dieser Problembereiche eingeleiteten Maßnahmen.
2. Eine besondere Bedeutung haben hierbei Maßnahmen zur Gewaltprävention. Die Landesregierung wird daher gebeten, im Rahmen ihrer Beteiligung an diesen Vorhaben vor allem Maßnahmen zu unterstützen, die
 - Kinder und Jugendliche in ihrem Selbstbewusstsein stärken,
 - sie zu Toleranz befähigen,
 - ihnen die Fähigkeit für eine gewaltfreie Konfliktlösung vermitteln,
 - sie zur Beteiligung an demokratischen Entscheidungsprozessen befähigen,
 - ihre Fähigkeiten zur sozialen Integration stärken,
 - die Begegnungen von Jungen und Mädchen unterschiedlicher Nationalität und ethnischer Herkunft fördern,
 - die Begegnung von Jungen und Mädchen mit Behinderung und Jungen und Mädchen ohne Behinderung fördern.
3. In enger Kooperation mit den örtlichen Trägern der Jugendhilfe sollen Konzepte für eine bessere Verzahnung vorhandener präventiver Angebote entwickelt werden. Der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule kommt hier eine besondere Bedeutung zu. Die regionalen Erfahrungen aus Präventionskonzepten sollen auf Landesebene zusammengeführt und ausgewertet werden. Der notwendige Qualifizierungsbedarf für Fachkräfte der Präventionsarbeit ist durch geeignete überregionale Fortbildungsangebote zu gewährleisten.
Die Landesregierung wird gebeten, die vielfältigen Angebote in diesem Bereich zusammenzustellen und dem Landtag hierüber zur Januar-Tagung 2002 einen Bericht vorzulegen

4. Die Landesregierung wird des weiteren gebeten, jährlich dem Innen- und Rechtsausschuss ressortübergreifend über die besonderen Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit in Schleswig-Holstein, soweit diese über die Angaben im Verfassungsschutzbericht des Landes hinausgehen, zu berichten.

Thomas Rother

und Fraktion

Anna Schlosser-Keichel

Irene Fröhlich

und Fraktion